

Tabak-Arbeiter

Nr. 41 / Bremen, den 10. Oktober 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 40 M / ohne Frangolohn. — Anzeigenpreis 50 M / für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag. Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Heinrich Sorag, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. D. Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20. Telefon: Amt Domshöhe 20780. Geld- und Girokonten bei Johannes Krahn, Postfach 2549 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankleitung der Gewerkschaftsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen, An der Weide 20. Verbandsausführungsvorsitzender: L. Schöne, Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24.

Es geht um die richtige Teilung der Wurst!

Wir bitten um Entschuldigung: Die Ueberschrift ist nicht von uns; sie entstammt vielmehr einer Schrift, die in Essen gedruckt und nach Art der Neuruppiner Bilderbogen illustriert ist. In Poesie und Prosa wird hier versucht, der Arbeiterschaft die Mittel schmachhaft zu machen, mit denen das Unternehmertum die Schäden der Welt heilen zu können glaubt. Senkt die Löhne, baut die Sozial- und Steuerlasten ab, und alle Arbeitslosigkeit hat ein Ende. Auf diesen Ton ist die ganze Schrift abgestimmt.

Nun haben wir schon wiederholt und eingehend zu den Lohn-, sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen der Unternehmer Stellung genommen, so daß es sich erübrigt, hier noch einmal näher darauf einzugehen. Wenn wir trotzdem von dieser Schrift Notiz nehmen, dann aus dem Grunde, weil sie auch in Gießener Zigarrenfabriken — also ausgerechnet in einem Nullbezirk mit den niedrigsten Löhnen — verteilt worden ist und auch sonst nichts unversucht gelassen wird, den unter langanhaltender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit leidenden Arbeiterinnen und Arbeitern der Zigarrenherstellung verständlich zu machen, daß Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden wäre, wenn sie sich nur bereit erklären würden, von den tariflich festgelegten Löhnen abzulassen. Denn etwas anderes ist es nicht, wenn in der angeführten Schrift empfohlen wird, die Lohnsumme — Wurst genannt — auf eine größere Zahl von Arbeitern zu verteilen, damit jeder etwas bekomme. Den Unternehmern schwebt dabei natürlich vor, daß sie sich an der Wurst gütlich tun wollen, während die Arbeiter sich mit der Pelle begnügen sollen.

Zu welchen Mitteln einzelne Unternehmer oder ihre Beauftragten greifen, um zum Ziele zu gelangen, haben wir unter dem Titel „Menschenfreunde“ im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 32 an einem klassischen Beispiel anschaulich dargestellt. Jetzt müssen wir auch noch erleben, daß die „Süddeutsche Tabakzeitung“ den Zigarrenfabrikanten, die unter Wasser schießen möchten, Handelslangerdienste leistet, indem sie ihnen den Rat gibt, die Arbeiter zu bewegen, bei ihrer Organisation eine Herabsetzung der Tariflöhne herbeizuführen. Im Briefkasten ihrer Ausgabe vom 27. September befindet sich nämlich folgende Anfrage und Antwort:

— U. B. in W. Anfrage. In verschiedenen Filialen meines Betriebes haben sich Zigarrenarbeiter, um überhaupt wieder Arbeit zu bekommen, freiwillig erboten, zu einem niedrigeren als Tariflohnsatz zu arbeiten. Hierdurch würde ich in der Lage sein, billiger zu liefern und könnte dann dem Wunsche der Arbeiter auf Wiedereinstellung nachkommen. Ist nun ein derartiges Abkommen rechtsgültig, und wie habe ich mich gegebenenfalls zu verhalten, damit später Lohnforderungen nicht gestellt werden?

Antwort: Ein Tariflohn ist bekanntlich unabhingbar, d. h. er kann auch im Einverständnis mit den Arbeitern nicht geändert werden. Es wäre vielleicht nur ein Ausweg möglich, daß die Arbeiter selbst bei ihren Organisationen die Abänderung des ganzen Tarifvertrages herbeiführen. Die Arbeiter sollen entsprechend mit ihren Organisationen selbst verhandeln.

Diesen Rat erteilt dieselbe „Süddeutsche Tabakzeitung“, von der aus der Vorkriegszeit die klassischen Worte stammen, „daß der Tarifvertrag in der Zigarrenindustrie eine Utopie ist, ein Schlagwort, welches in der Praxis jeder Bedeutung entbehrt“, die sich dann aber in der Nachkriegszeit, das soll gerne anerkannt werden, mit Wärme für den Tarifvertrag und seine

Durchführung eingesetzt hat. Warum jetzt dieser plötzliche Umschwung? Bittert die „Süddeutsche Tabak-Zeitung“ Morgenluft, oder ist ihr ein Kuckucksei ins Nest gelegt worden? Vorläufig möchten wir das letztere annehmen, denn ihre Antwort auf die Anfrage von U. B. in W. ist im Gegensatz zu allen anderen keine Redaktionsarbeit und auch nicht von ihrem juristischen Mitarbeiter, sondern mit s. unterzeichnet. Dahinter versteckt sich doch wohl nicht etwa der Geschäftsführer des Verbandes Süddeutscher Zigarrenfabrikanten, dessen Namen mit einem s endet? Wäre das der Fall, dann fiel auf die Tariffreudigkeit und die Tariftreue bestimmter Personen im R. d. Z. ein recht eigenartiges Licht. Jedenfalls wären wir der „Süddeutschen Tabakzeitung“ dankbar, wenn sie uns über ihre jetzige Stellung zum Tarifvertrag in der Zigarrenindustrie und den Verfasser der mit s. unterzeichneten Antwort aufklären würde, denn schließlich kann es für die Sachlichkeit der Auseinandersetzungen nur vom Vorteil sein, wenn auf beiden Seiten mit offenen Karten gespielt wird.

Im übrigen möchten wir noch einmal mit aller Deutlichkeit hervorheben, daß der Deutsche Tabakarbeiter-Verband alle Anträge, die eine Aenderung der tariflich festgesetzten Löhne insgesamt oder im einzelnen herbeiführen sollen, während der Geltungsdauer des Tarifvertrages ausnahmslos ablehnen wird, ohne Rücksicht darauf, von welcher Seite sie kommen. Das geschieht nicht nur im Interesse der Zigarrenarbeiterschaft, sondern auch zum Nutzen der nicht lohndrückenden Zigarrenfabrikanten, wie aus einem Schreiben, das dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband kürzlich von einer namhaften Firma zugestellt worden ist, unzweifelhaft hervorgeht. Es hat folgenden Wortlaut:

Betr. Lohntarifbruch durch die Fa. Zigarrenfabrik Schuster, Bünde/W.

Wir erhalten von befreundeter Seite unterm 15. September einen Brief, woraus hervorgeht, daß die Fa. Schuster in Bünde ihre Belegschaft vor die Alternative gestellt hat, entweder entlassen zu werden oder aber den normalen Tariflohn derartig zu reduzieren, daß der Firma das Herausbringen einer konkurrenzlosen Schlagerzigarre ermöglicht wird.

Wir ersuchen Sie, als Tarifkontrahent für den Reichstarifvertrag für die deutsche Zigarrenherstellung, die Angelegenheit zu prüfen, alle Ihnen zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, die Fa. August Schuster in Bünde zu veranlassen, den tariflichen Lohn zu zahlen, zu prüfen, ob die in Frage kommende Schlagerzigarre auch richtig einklassifiziert ist und uns Mitteilung über den Erfolg Ihrer Bemühungen zu machen.

Den Inhalt des Briefes, den wir in obiger Sache erhalten haben, geben wir Ihnen im nachstehenden abschriftlich bekannt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dieser Brief spricht Bände und bedarf keiner weiteren Kommentierung; denn wenn das schlechte Beispiel der Fa. Aug. Schuster in Bünde im größeren Umfange Nachahmung finden würde, nehme die Schmutzkonkurrenz unter den Zigarrenfabrikanten bald überhand und die Arbeiterschaft würde mit Bettelpfenstigen abgesspeißt werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter dürfen deshalb zu keiner Zeit und an keiner Stelle von ihren tariflichen Rechten irgend etwas preisgeben und müssen allen Versuchen, sie zum Tarifbruch zu veranlassen, mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten. Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband wird seinen Mitgliedern dabei in jedem Falle mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen zur Seite stehen.

Krankheiten, Sterblichkeit und Beruf

Eine berufshygienische Uebersicht

von Dr. W. Schweisheimer

Raum bei irgendeinem Berufszweig sind die Ansichten über die Berufsgefährdung so verschieden, weicht die statistische Beurteilung so sehr voneinander ab als bei den Tabakarbeitern. Ein Teil der Statistiken berichtet von besonders hohen Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffern, ein anderer Teil läßt gerade das Gegenteil erkennen. Das wäre verständlich, wenn ältere und neuere Statistiken miteinander verglichen würden; denn zweifellos ist mit der Verlängerung des durchschnittlichen Lebens auch das Leben der Tabakarbeiter länger geworden, und außerdem machen sich die beruflichen Verbesserungen der letzten Jahrzehnte bei der speziellen beruflichen Gefährdung günstig bemerkbar. Aber auch die Veröffentlichungen nur aus neuerer Zeit lassen auffallende statistische Unterschiede erkennen, wie sie uns in anderen Gewerbe- und Industriebetrieben sonst kaum bekannt sind.

Für die Berufssterblichkeit der Tabakarbeiter führt Prinzling eine ausführliche und grundlegend wichtige neue englische Statistik an. Bezeichnet man die Durchschnittsterblichkeit aller Berufe mit der Ziffer 1000, so beträgt die der Tabakarbeiter in den Jahren 1921—23 dort 1150. Zu Vergleichszwecken sei angeführt, daß beispielsweise die Berufssterblichkeit der Landarbeiter 688 beträgt, die der Schuhmacher 1120, der Steinhauer 1390, der Arbeiter in Zinn- und Kupferminen 3268. Die Zahlen beziehen sich auf die berufstätigen Jahrgänge zwischen 20 und 65 Jahren. Die Sterblichkeit der Tabakarbeiter ist nach dieser Aufstellung also nicht unerheblich höher als die Durchschnittsterblichkeit aller Berufe.

An welchen Krankheiten sind nun diese Tabakarbeiter im Durchschnitt gestorben? Es starben nach der gleichen Statistik an Tuberkulose der Lungen 327 (bei allen Berufen 164), an Lungenentzündung 72 Tabakarbeiter (bei allen Berufen 85), an Bronchitis 36 (50), an Grippe 23 (36), an Gehirnschlag 24 (45), an Krankheiten des Herzens und der Blutgefäße 27 (152), an Krankheiten der Verdauungsorgane 88 (60), an Krebs 159 (128), an Unfällen 9 (49), an Selbstmord 23 (24). Außerordentlich hoch erscheint hier die Sterblichkeit an Lungentuberkulose. Andere Beobachtungen haben ergeben, daß davon besonders jugendliche Tabakarbeiter betroffen sind. Das würde darauf hinweisen, daß zu diesem Beruf, der keine großen Körperkräfte erfordert, vielfach schwächliche Menschen sich geeignet dünken. Auch Krankheiten des Herzens und der Blutgefäße sind in hohem Maße vertreten. Hier dürfte sich die Einwirkung von Nikotingenuß geltend machen. Sehr gering ist die Ziffer der tödlichen Unfälle. Das hängt mit der Art der Beschäftigung zusammen.

In einer niederländischen Statistik, die allerdings schon älter ist (1908—1911) war die durchschnittliche Sterblichkeit für sämtliche Berufe 7,6. Die Abteilung Tabakindustrie gibt als Sterblichkeitsziffer 9,43 an, also verhältnismäßig eine beträchtliche Erhöhung. Diese Ziffer bezieht sich nur auf die Arbeiter der Industrie. Die Selbständigen der Tabakindustrie weisen, wie Prinzling ausführt, die nämliche Sterblichkeitsziffer auf wie alle Selbständigen in Industrie und Gewerbe.

Demgegenüber sind Zahlenreihen interessant, die H. Groß neuerdings veröffentlicht, und die sich im wesentlichen auf Erfahrungen bei der Ortskrankenkasse Dresden beziehen. Dresden ist der Sitz einer großen Tabakindustrie und daher für derartige Untersuchungen besonders geeignet. In der Hauptsache besteht dort Zigarettenfabrikation in hygienisch einwandfreien, maschinellen Großbetrieben. Die Sterblichkeitsziffer der Tabakarbeiter erwies sich dort erheblich niedriger als die aller Versicherten. Es starben von 1000 Mitgliedern:

Tabakarbeiter	Sämtliche Berufe
1929	4,8
1928	6,1
1927	4,7
1926	4,4

Die Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer war allerdings bedeutend höher als bei der Gesamtheit der Berufe (91,0 Prozent gegen 50,9 Prozent). Dabei ist auffallend, daß diese höhere Krankheitsziffer im wesentlichen von den weiblichen Tabakarbeitern abhängt, die in der Tabakindustrie bekanntlich einen großen Prozentsatz ausmachen. Im vorstehenden Fall stellten die weiblichen Arbeiter 75 Prozent der Gesamtarbeiterziffer in der Tabakindustrie. Ihre Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer betrug 99,2 Prozent gegenüber 50,7 Prozent bei den weiblichen Angehörigen aller Berufe; bei den männlichen Tabakarbeitern dagegen 60,5 Prozent gegen 51,1 Prozent bei allen

Berufen. Die Krankheitsdauer betrug bei den Tabakarbeitern 35 Tage gegen 31,1 Tage bei allen Versicherten.

Insbesondere ließ sich auch keine Begünstigung des Entstehens oder der Ausbreitung und Verschlimmerung der Lungentuberkulose durch die Tabakarbeitern nachweisen. Durch den Einfluß von Tabakstaub wurden Schädigungen der Atmungsorgane als Reizungen und Katarre der oberen Luftwege beobachtet; aber nur in mäßigem Grade und nur zu Beginn der Beschäftigung. Ein Auftreten von Staublungen, wobei also der Staub sich im Lungengewebe festsetzt und dort zu Gewebsveränderungen führt, ließ sich niemals nachweisen. In ähnlicher Weise hatte schon früher das Gewerbeaufsichtsamt bei Untersuchung der Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden festgestellt: Die Tabakarbeitern als solche bedingt keine Vermehrung der Tuberkulose; die Gründe für Ausbreitung der Tuberkulose in einigen Bezirken der Tabakindustrie liegen in den allgemeinen sozialen Verhältnissen (Ueberlastung der Frau, ungenügende oder unzureichende Ernährung, Inzucht).

Wenn also Groß auch die früher beschriebenen gesundheitlichen Schädigungen nicht (oder nicht mehr?) finden kann, so hält er doch weitere Verbesserungen für erstrebenswert. Hinsichtlich der allgemein hygienischen, speziell staubvermindernden Einrichtungen der Betriebsstätten, erwartet er viel von dem verbessernden Einfluß der beaufsichtigenden und eingreifenden Tätigkeit der Tabak-Berufsgenossenschaft. Hinsichtlich einer Verbesserung der wirtschaftlichen und der allgemeinen gesundheitlichen Lage treffen die vorbeugenden und heilenden Maßnahmen den Staat, die Gemeinden, die Krankenkassen und Gewerbe-Aufsichtsämter. Vielleicht ließe sich auch daran denken, durch ärztliche Untersuchung der einzustellenden Tabakarbeiter eine gewisse Auslese zu treffen, besonders schon Erkrankte nicht zuzulassen und weiterhin durch Kontrolluntersuchungen auszufcheiden.

Von besonderem Interesse ist bei der Berufsgefährdung der Tabakarbeiter immer der Einfluß des Nikotins. Es kann durch die Schleimhäute der Verdauungsorgane (beim Rauchen und Rauchen), durch die Atmungsorgane (Rauchen, besonders Inhalieren, Einatmen von Dunst und Staub), vielleicht auch durch die Haut bei ständiger Berührung, in den Körper aufgenommen werden. Beim Inhalieren kommt das Nikotin mit den ausgedehnten Schleimhautflächen der Lunge in Berührung; dabei gelangt achtmal soviel Nikotin in den Körper als beim gewöhnlichen Mundrauchen. Die chronische Vergiftung mit Nikotin macht sich vor allem an den Verdauungsorganen geltend, in Uebelkeit, krampfhaften Zusammenziehungen (Koliken) der Magen- und Darmmuskulatur, in Durchfällen. Die Herzaktivität gestaltet sich unregelmäßig, nervöse Beschwerden am Herzen stellen sich ein. Die Sehstärke wird durch Beeinflussung des Sehnerven herabgesetzt. Ganz allgemein lassen sich Blutarmut, Neigung zu Ohnmachten und Schwindelanfälle, Zittern und Gehörstörungen feststellen. Eine gewerbliche Schädigung durch Nikotin ist deshalb schwer zu beurteilen, weil die meisten Angehörigen des Tabakgewerbes auch rauchen oder sonst Nikotin zu Genusszwecken zu sich nehmen.

Die „Fermentation“, also der Gärungsprozeß der Rohabake, bringt eine beträchtliche Erwärmung des Tabaks mit sich. Die Folge ist das Aufsteigen stark nikotinhaltiger Dünste. Jugendlige Arbeiter werden bei dieser Art Tätigkeit zweckmäßig nicht verwendet. Namentlich bei jugendlichen weiblichen Personen wirkt unter Umständen der starke Nikotingehalt der Atemluft hier doch fördernd auf eine Neigung zu Blutarmut und Bleichsucht.

Die Tabakindustrie hat zahlreiche Betriebsgefahren durch Einführung hygienischer Verbesserungen gebannt. Die Entstaubungsanlagen haben die Staubeinflussung gemindert. Betriebe mit Maschinen, helle und geräumige Arbeitsräume, richtige Arbeitstische, reichliche Badeeinrichtungen usw. haben die Krankheitsziffer vermindert. Die Unterschiede zwischen großen Fabrikbetrieben und den ungünstigen Zuständen bei manchen Heimarbeitern oder Kleinbetrieben sind denn auch groß.

Bei der Berufswahl kommen für die jungen künftigen Tabakarbeiter jene körperlichen Voraussetzungen in Betracht, die im allgemeinen an nicht schwere Berufe zu stellen sind. So genügt es, wenn die Konstitution, d. h. die allgemeine Körperbeschaffenheit mittelkräftig, ja sogar etwas schwächlich ist. Dabei ist freilich zu beachten, daß zahlreiche Menschen in ganz jugendlichen Jahren zuweilen noch eine recht schwächliche Konstitution haben, die sich gegen das 20. Lebensjahr zu bedeutend kräftigen kann.

1. Ausschußsitzung des ADB.

Am 1. Oktober 1931 trat der Bundesausschuß des ADB unter dem Vorsitz von Leipart zu seiner ersten Sitzung nach dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß zusammen. Gegenstand der Beratungen waren in erster Linie die drohenden Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Tarifrechts, sowie der Kampf um die Erhaltung der Löhne, deren planmäßiger Abbau in den letzten anderthalb Jahren ohnehin schon zu einer krisenverschärfenden Zerstörung der Kaufkraft geführt hat.

Der stellvertretende Vorsitzende, Grafmann, erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er ging dabei aus von den Gerüchten, die über die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Umgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen und insbesondere eingreifender Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, sowie einer Lockerung des Tarifrechts durch die neue Notverordnung in Umlauf sind. Der Bundesvorstand hat versucht, sich durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister Klarheit über die beabsichtigten Maßnahmen zu verschaffen, Maßnahmen, die offenbar zunächst sehr viel weitergehende Ziele verfolgten. Was die

Lockerung des Tarifrechts

angeht, so ist dabei schwer zu entscheiden, ob die geplanten Maßnahmen auf den Einfluß der Arbeitgeber, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergbauindustriellen, zurückgehen, die ja seit Jahren diese Pläne verfolgen, oder ob der Sturz des englischen Pfundkurses die Regierung zu der Auffassung gebracht hatte, daß sich keinem anderen Wege die wirtschaftliche Lage eine Erleichterung erfahren kann. Jedenfalls scheint sich in den vergangenen Wochen in den Regierungskreisen die Auffassung festgesetzt zu haben, daß man nur durch eine Auflockerung des Tarifrechtes den Tarifvertrag über den kommenden Winter retten könne. Eine weitgehende Einschränkung der Verbindlichkeit, Verkürzung der Laufdauer der Tarifverträge, Einführung eines vorzeitigen Kündigungsrechtes, Aufnahme von wettleidenden Betrieben Ausnahmeregelungen zuzugestehen, eine Ausdehnung des Begriffs der Notstandsarbeiten, die auch privaten Arbeitgebern unter gewissen Bedingungen ein Abweichen vom Tariflohn gestatten würde, und endlich eine weitere Senkung der Löhne, der allerdings eine Zerschlagung der Kartell- und Innungspreise parallel gehen sollte — diese Gedanken scheinen die Auffassung der Regierung weitgehend bestimmt zu haben. Ursprünglich hat wohl der Plan bestanden, dahingehende Bestimmungen bereits in der kommenden Notverordnung festzulegen. Kein Zweifel, daß diese Auflockerung der Tarifverträge einem Ende des Tarifrechtes gleichkäme. Der Versuch, diese einseitigen Maßnahmen mit dem Hinweis auf die Auswirkungen des Pfundsturzes und die Verluste, die bei langfristigen Ausfuhr- und Lieferungsverträgen sich ergeben würden, zu rechtfertigen, bewegt sich durchaus in den Gedankengängen der Arbeitgeber. Das vor einigen Tagen veröffentlichte Sofortprogramm der Industrie ist ein eindeutiges Zeugnis dafür, daß die Reichsregierung, aus Furcht vor einer neuen Inflation, sich auf eine Wirtschaftspolitik einzulassen drohte, die tatsächlich die Auswirkungen der Krise in ihrer ganzen Schwere auf die Schultern der Arbeiter abwälzen würde.

Wie es scheint, war man in Regierungskreisen der optimistischen Auffassung, daß die Arbeitgeber in ihrer großen Mehrheit tariffreundlich seien und daß auch die verbleibende Minderheit keineswegs auf einem einheitlich tarifgegnereischen Standpunkt stehe. Wenn diese Illusionen einer Widerlegung bedürftig hätten, so ist der Nachweis ihrer Tariffeindlichkeit in dem Sofortprogramm der Industrie mit aller Deutlichkeit geführt worden.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften und der Partei mit der Regierung haben ohne Zweifel das positive Ergebnis gehabt, daß eine Neuregelung des Tarifrechtes in diesem seinen Bestand gefährdenden Sinne nicht in die neue Notverordnung aufgenommen worden ist. Damit ist die Gefahr freilich noch keineswegs abgewendet, da in der zweiten Hälfte Oktober eine neue Notverordnung bevorsteht.

Es ist auch der Gedanke erwogen worden, die Unabhängigkeit der Löhne nur bis zu einer Höhe von 80 v. H. aufrechtzuerhalten und die verbleibenden 20 v. H. der freien Vereinbarung zu überlassen. Dieser Gedanke eines abdingbaren Spielraums von 20 v. H. ist aber offenbar nicht die einheitliche Ueberzeugung aller Mitglieder des Kabinetts. Die Durchführung dieses Gedankens birgt selbstverständlich die Gefahr in sich, das Tempo des Lohnabbaues zu beschleunigen und ihm ein Ausmaß zu geben, das selbst in der Geschichte der letzten anderthalb Jahre

ohne Beispiel wäre. Auch zur Begründung dieser Maßnahme ist die Furcht vor der Inflation der entscheidende Gesichtspunkt. Man stehe vor der Alternative, entweder eine Inflation, die psychologisch untragbar sei und zur völligen Vernichtung des Sparfinsns führen würde, oder eine Deflation, die eine Senkung aller Löhne, Gehälter, Preise und öffentlichen Ausgaben in sich schloße. Tatsächlich ist in diesem Zusammenhang Deflation nur ein anderes Wort für Lohnabbau, denn die Erfahrung der letzten Jahre hat bewiesen, daß die Regierung auf keinem Gebiet so ohnmächtig ist, wie auf dem einer bewußten Einwirkung auf die Preise. Die Absicht der Regierung, auch gegenüber den Kartellpreisen, den Agrar- und Industriezöllen energisch vorzugehen, ist daher mit äußerster Vorsicht aufzunehmen.

Die Arbeitslosenversicherung

ist bei ihrem jetzigen Beitragsaufkommen von 6,5 v. H. des Lohnes noch nicht saniert. Es wird für die 6 Wintermonate mit einem Defizit gerechnet, das, je nachdem, wie hoch man die Durchschnittszahl der Arbeitslosen für diese Zeit schätzt (5,8 bis 6,2 Millionen), sich auf 110 bis 210 Millionen Reichsmark belaufen würde. Zuschüsse oder Darlehen an die Reichsanstalt stehen im Etat zum Ausgleich nicht zur Verfügung. Statt dessen hat die Notverordnung vom 5. Juni 1931 den Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, zum Ausgleich die Unterstützungsdauer zu verkürzen, die Sätze der Arbeitslosenversicherung bis auf die Sätze der Krisenunterstützung herabzusetzen (evtl. auch beides gleichzeitig). Möglich wäre auch eine Erhöhung des Beitrages. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Beschluß des Vorstandes ausschließlich vom Willen der Reichsregierung abhängig war, da der den Ausschlag gebende Präsident der Reichsanstalt in derartigen Fällen auf Anweisung der Reichsregierung stimmt.

Die Reichsregierung war ursprünglich geneigt, dem ständigen Drängen der Unternehmer zu folgen und im Vorstand der Reichsanstalt einen Beschluß durchzusetzen, der die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungssätze auf die Sätze der Krisenunterstützung bei gleichzeitiger Verkürzung der Unterstützungsdauer von 26 auf 18 Wochen, für die Saisonarbeiter von 20 auf 14 Wochen enthielt. In zahlreichen Verhandlungen haben sowohl die Gewerkschaften wie auch die SPD-Fraktion die Regierung auf das Unerträgliche einer solchen Maßnahme hingewiesen und den schärfsten Widerstand angekündigt für den Fall, daß sie trotzdem durchgeführt würde.

Diese Vorstellungen haben insofern einen Erfolg gehabt, als in der entscheidenden Sitzung des Vorstandes der Reichsanstalt der Präsident nunmehr entgegen dem ursprünglichen Vorschlag sich dafür erklärte, nur die Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen (für Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen) herabzusetzen, die Unterstützungssätze dagegen auf der bisherigen Höhe zu belassen. Die Arbeitgeber ihrerseits nahmen daraufhin den ursprünglichen Vorschlag der Reichsregierung als ihren Antrag wieder auf. Dieser Arbeitgeberantrag wurde nun mit den Stimmen der Arbeitnehmer und des Präsidenten zu Fall gebracht. Mit der gleichen Mehrheit wurde alsdann, entsprechend dem zweiten Vorschlag der Regierung, die Verkürzung der Unterstützungsdauer beschlossen. Diese Lösung mußte unter den obwaltenden Verhältnissen als die denkbar erträglichste angesehen werden, zumal von der Regierung das Versprechen abgegeben wurde, die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge entsprechend zu verlängern.

An den Bericht des Kollegen Grafmann schloß sich eine sehr eingehende Aussprache, an der sich nicht nur die Verbandsvorsitzenden, sondern insbesondere auch die Lohnpolitiker der einzelnen Verbände beteiligten. Die Debatte ergab die einmütige Ablehnung jedes Eingriffs in das geltende Tarifrecht. Die Gewerkschaften sind entschlossen, an den grundsätzlichen Bestandteilen des Tarifrechtes unter allen Umständen festzuhalten. Tarifverträge, die weitgehende Abweichungen von den getroffenen Vereinbarungen in der einen oder anderen Form zulassen, haben für die Gewerkschaften keinen Wert.

Die Behandlung der Arbeitszeitfrage durch die Regierung hat sich zu einem offenen Skandal entwickelt. Die Gewerkschaften müssen auf dem strikten Verbot aller Ueberstunden, die gerade in letzter Zeit stark zunehmen, bestehen und darüber hinaus das Ziel der Vierzigstundenswoche mit Entschiedenheit verfolgen. Die ganze gegenwärtige Regierungskunst bestehe nur noch darin, immer mehr Arbeitslose zu schaffen, nur das könne der Effekt der fortdauernden Drosselung der öffentlichen Ausgaben sein.

Nachdem die Aussprache abgeschlossen war, ging Leipart ein auf den Besuch von Laval und Briand in Berlin. Er erinnerte

Daran, daß die Unterredung zwischen den deutschen und französischen Ministern zu dem Entschluß zur

Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftskomitees geführt habe. In das Komitee sollen auch Vertreter der Arbeitnehmer beider Länder gewählt werden. Die deutschen Gewerkschaften haben seit längerer Zeit wiederholt die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gefordert, und sie erblicken in der **Einsetzung des Komitees** einen bedeutenden Schritt zur Förderung des Einvernehmens zwischen beiden Ländern. Es ist selbstverständlich, daß sie das größte Interesse an der Beteiligung bei diesen Arbeiten haben. Die deutsche Regierung hat beschlossen, 6 Arbeitnehmervertreter in den Ausschuß zu berufen. Die 6 Delegierten der Arbeitnehmerschaft sollen Mitglieder des Plenums sein, das sich vermutlich aufteilen wird in eine Reihe einzelner Arbeitskommissionen, zu deren Arbeiten wiederum Sachverständige hinzugezogen werden. Von den 6 Vertretern der Arbeitnehmerschaft hat der ADGB 2 zu benennen. Einem Vorschlag des Bundesvorstandes folgend, werden Willi Eggert und Fritz Tarnow dazu bestimmt.

Der Spaßmacher der Zigarrenfabrik

In den „Kieler Neuesten Nachrichten“ ist folgendes zu lesen: In den meisten Zigarrenfabriken Havannas, der Hauptstadt der Tabakinsel Kuba, gibt es einen Angestellten, dessen einzige Beschäftigung darin besteht, in den Arbeitsjahren zu singen und Witze zu machen: Es ist der „Burlador“, der Spaßvogel der Fabrik, der die Arbeiter bei dem eintönigen Zigarrenrollen in der tropischen Stidluft des Tabakraubes aufzuheitern hat. Er liest am Morgen zuerst die Zeitungsneuigkeiten vor, holt dann den Banjo, das Lieblingsinstrument der Neger, vom Rücken und läßt sich das gewünschte Programm bekanntgeben. Der ganze Saal schreit durcheinander: „Una romantica, una sakira, cantilena!“ oder einen von den Schlagern, die gerade in den Singpielhallen von Havanna populär sind. Dann singt der Burlador seine Lieder, die Arbeiterinnen und Arbeiter rollen ihre Tabakblätter zusammen und singen mit, bis der Burlador in den nächsten Arbeitsaal geht und dort sein Programm von neuem beginnt. Aber er ist nicht nur Sänger, sondern muß auch die Anekdotes erzählen; das sind die kleinen, ulkigen Geschichten, die bei den kubanischen Spaniern und Kreolen besonders beliebt sind. An die Erzählungsgabe und den Witz eines Burladors werden keineswegs geringe Ansprüche gestellt, und ein guter Witzbold ist daher auch der Liebling aller Arbeiter seiner Fabrik, denn seine Späße helfen über die Müdigkeit hinweg, die besonders in der Gluthitze der Nachmittagsstunden das mechanische Wickeln der braunen Blätter erschwert.

Dieser Brauch besteht in den Zigarrenfabriken Kubas schon seit Jahrzehnten und wurde aus der Zeit der Negerklaven übernommen. Damals begleiteten die Schwarzen ihre Arbeit mit afrikanischen Gesängen, heute wird der Burlador von der Fabrik dafür bezahlt, daß er die Akkordleistungen der Arbeiter steigert, die an einem Tag mehr als hundert der großen Zigarren fertigt. Er verdient sein Brot ebenso schwer wie die farbigen Zigarrenwickler; denn acht Stunden lang singen, lustig sein und müde Menschen zum Lachen zu bringen, ist keine Kleinigkeit, und kaum einer von den Rauchern, die nach einem guten Essen ihre Upmann oder Henry Clay genießen, hat eine Ahnung, daß zu seiner braungrünen Havanna auch der kubanische Burlador sein redlich Teil beigetragen hat.

Unorganisierte haben nichts zu lachen

Ueber die Arbeitsverhältnisse in der Nordener Rauchtabakfabrik von Steinbömer & Lubinus finden wir im „Volksbote“, Emden, folgende Mitteilung:

Ein ganz besonderes System führt die Firma Steinbömer & Lubinus ein. Jeder Arbeiter, der beim Sprechen angetroffen wird, erhält einen Punkt. Beim Lachen ebenfalls. Jeder Punkt wird mit 25 S bewertet. Sozial Punkte ein Arbeiter am Ende der Woche hat, sowie mal 25 S wird ihm vom Wochenlohn abgezogen. Zwei Beispiele der letzten Woche: ein Arbeiter hatte drei Punkte. Ihm wurde vom Wochenlohn abgezogen 8mal 25 gleich 75 S . Eine jugendliche Arbeiterin hatte 5 Punkte; Abzug 5mal 25 gleich 1,25 M .

Die Wichtigkeit dieser Mitteilung vorausgesetzt, muß schon gesagt werden, daß es geradezu ein Skandal ist, was man der Rauchtabakarbeiterchaft in Norden zu bieten magt. Wir haben volles Verständnis dafür, daß in den Betrieben eine gewisse Ordnung herrschen muß; was aber die Firma Steinbömer & Lubinus eingeführt hat, ist eine Zucht hausordnung, dazu bestimmt, jede Menschenwürde zu untergraben. Oder will sie „ihren“ Arbeiterinnen und Arbeitern auf diese Weise begreiflich machen, daß Unorganisierte nichts zu lachen haben. Fast scheint es so; denn die Rauchtabakarbeiterchaft in Norden gehört keiner

Gewerkschaft an und verfügt demzufolge nicht über die erforderlichen Machtmittel, um sich eine bessere Behandlung zu erzwingen. Hoffentlich lernt die Kollegenschaft in Norden jetzt erkennen, daß sie sich dem Deutschen Tabakarbeiter-Berband anschließen muß; denn mit einem gelegentlichen Ausschrei in der Zeitung allein ist es nicht getan.

Bekanntmachungen

Am 10. Oktober ist der 41. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

26. September. Lobenstein 300.—, Mainz 70.—, Noringen 120.—, Biebrach 90.—, Freistett 50.—, Speyer 7.20, Wehringen 80.—, 28. Döberau 100.—, Briesg 88.—, Wanien 175.—, 29. Sieben 200.—, Landsberg 90.—, Leisnig 700.—, Allendorf 11.20, Neubamm 100.—, Kaiserslautern 250.—, Alzey 29.90, Würzburg 163.—, Kanna 50.—, 30. Danzig 50.—, Sieben 199.10, Hanau 179.75, Würzburg 200.—, Urdernach 30.—, Dingelstädt 160.40, Penig 35.—, Heibelberg 100.—, König 80.—, Kirchhardt 300.—, Bruchsal 200.—, Berlin 500.—, Neuhäusen 500.—, Peterswaldau 19.95, Schöned 400.—, Watertal 163.—, Neufalz 100.—.

1. Oktober. Dresden 700.—, Hann.-Münden 450.—, Hamburg 200.—, Hohenheim 500.—, Baden-Baden 300.—, Altkußheim 355.—, Lampertheim 100.—.

2. Mosbach 50.—, Northeim 333.65, Kirchhofmefeld 69.30, Dresden 3000.—, Elbing 2300.—.

3. Karlsruhe 135.—.

Bremen, den 6. Oktober 1931.

J. Krohn.

Achtung!

Die Zahlstellenverwaltung, in deren Bereich sich der am 19. Januar 1877 in Pasewalk geborene Kollege Otto Gloede aufhält, wird gebeten, dies der Verwaltung der Zahlstelle Schoened (Kirchstraße 4) mitzuteilen und den Kollegen Gloede zu ersuchen, Nachricht von Schoened abzuwarten.

Adressenänderung

Doppel. Das Zahlstellenbüro befindet sich vorübergehend Heinrichstraße 3.

Gestorben sind:

Am 19. August die Zigarrenarbeiterin Hedwig Greulich, 59 Jahre alt (Zahlstelle Eichersheim).

Am 3. September der Zigarrenarbeiter Max Cramer (Warfleth), 77 Jahre alt (Zahlstelle Wegesack).

Am 21. September die Zigarrenarbeiterin Frieda Scherpe, 55 Jahre alt (Zahlstelle Waldheim).

Am 24. September die Rauchtabakarbeiterin Meta Lüdtke, 88 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).

Ehre ihrem Andenken!

Großer Preisabbau!

Billige böhmische Bettfedern



1 Pfd. graue, gute, geschlossene Bettfedern 70 S , best. Qual. 90 S halbbweiße, flaumige 1.20 M ., weiße, flaumige geschliff. 1.50 M ., feinste geschliff. Halbflaum-Herrschafts-Federn 3.—, 4.—, 5.—. Ruppfedern ungeschliffen, mit Flaum gemengt, halbbweiß 1.35 M ., weiß 2.25 M ., allerfeinst. Flaumruff 3.25 M ., 4.25 M .. Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an franco. Nichtpassendes wird ungetauscht oder Geld zurück.

S. Benisch in Prag XI. Amerika ulice Nr. 902. Böhmen

Unserer ältesten Kollegin

Eva Zimmermann

zu ihrem am 6. Oktober stattgefundenen 80. Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche

Die Mitglieder der Zahlstelle **Klein-Krotzenburg**



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliff. 2.50 M ., halbbweiße 3 M ., weiße 4 M ., bessere 5 M ., 6 M ., daunenweiße 7 M ., 8 M ., beste Sorte 10 M ., 12 M ., weiße, ungeschlossene Ruppfedern 6.50 M ., 7.50 M ., beste Sorte 9.50 M .. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. — Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Die deutsch-französische Zusammenarbeit

Der Berliner Besuch der französischen Minister war sicher ein historisches Ereignis. Allein schon deshalb, weil seit 1878, d. h. innerhalb 53 Jahren, kein französischer Minister im amtlichen Auftrag die deutsche Hauptstadt betreten hatte. Die Reise der französischen Minister nach Deutschland kann auch insofern eine historische Bedeutung erlangen, weil sie geeignet ist, dem Weltfrieden neue Nahrung zu geben. Zwischen den beiden großen europäischen Nachbarländern Deutschland und Frankreich ist seit Jahrhunderten eine Kluft aufgerichtet worden, die eine gedeihliche Zusammenarbeit verhindert hat. Politische und wirtschaftliche Rivalitäten haben nach Ablauf von einigen Jahrzehnten immer wieder zu Kriegen geführt.

Man hat dem Ministerbesuch mit gemischten Gefühlen entgegengesehen. War man doch nicht sicher, daß politische Rowdys die französischen Gäste mit Demonstrationen oder Rüpelleien anderer Art begrüßen würden. Erfreulicherweise können die französischen Staatsmänner die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, daß der größte Teil des deutschen Volkes zu einem friedlichen Zusammenleben zwischen Deutschland und Frankreich durchaus bereit ist. Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Staaten sollen und müssen der Vergangenheit angehören. Die Leiden der Menschheit in den letzten zwanzig Jahren waren so groß, daß endlich einmal die sichere Basis geschaffen werden muß, auf der ein gesichertes Leben der Kultur und der Daseinsfreude gewährleistet wird. Nur Rindsköpfe können der Meinung sein, daß man sich bereits jetzt auf einen neuen Krieg vorbereiten müsse. Das arbeitende Volk Deutschlands hat die Zusammenkünfte der leitenden Minister Deutschlands und Frankreichs in Paris und später in Berlin mit unverhohlener Sympathie begrüßt. Und jeder weitere Schritt, die Beziehungen dieser beiden Länder zu vertiefen und somit dem Weltfrieden eine Gasse zu bahnen, muß mit allen Mitteln unterstützt werden. Deshalb waren es in erster Linie Angehörige des arbeitenden Volkes, die den französischen Ministern auf den Straßen Berlins zuriefen: „Es lebe der Frieden und die Völkerverständigung!“

Das Ergebnis der Berliner Besprechungen kann als ein Anfang der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern bezeichnet werden. Als unmittelbares Resultat ist die Schaffung einer Wirtschaftskommission anzusehen. In der offiziellen Verlautbarung der Minister beider Länder werden die

Aufgaben dieser Kommission festgesetzt. „Die Vertreter der beiden Regierungen“, so heißt es in der Bekanntmachung, „sind der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise, unter der gegenwärtig die ganze Welt leidet, es ihnen zur gebieterischen Pflicht macht, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet ihre Bemühungen zu vereinigten, um Lösungen zur Milderung der Not zu finden. Den deutschen und französischen Ministern scheint es geboten, ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeitsweise greifbare Ergebnisse zu gewährleisten verpflichtet. Sie sind dementsprechend übereingekommen, eine gemischte deutsch-französische Kommission zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Zentralstellen unter Beteiligung von berufenen Vertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft, wie auch der Arbeitnehmer, bestehen soll. Die Leitung der Kommission wird Mitgliedern beider Regierungen ausliegen. Außerdem wird ein gemeinsames ständiges Generalsekretariat eingerichtet.“

Aufgabe der Kommission soll es sein, alle die beiden Völker berührenden Wirtschaftsfragen zu prüfen, ohne dabei die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit aus dem Auge zu verlieren. Gegebenenfalls sollen Vereinbarungen abgeschlossen werden, die zu neuen Organisationsformen führen (internationale Kartelle?). Die Tätigkeit der Kommission soll nicht in Zoll-erhöhungen auslaufen. Es soll die Durchführung internationaler Abmachungen, und zwar vorerst über Schifffahrt und Luftverkehr, vorbereitet werden. In einem offiziellen Kommentar von deutscher Seite wurden die Abmachungen noch näher erläutert. Danach galten die Verhandlungen auch der Weltkrise und der Währungskrise und erstreckten sich auf die großen, zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden politischen Probleme. Die Aufgabe der Kommission soll keine Abschließung, sondern die mögliche Erleichterung des internationalen Warenverkehrs sein. In den Pressekommentaren zu diesen Verhandlungen war noch die Rede von Kolonialmandaten, von den Reparationsnachlieferungen, von der Heranziehung deutschen Materials und deutscher Arbeitskräfte an großen französischen Arbeiten usw.

Es erscheint uns sehr wesentlich, daß an der zu schaffenden Wirtschaftskommission auch Gewerkschaftsführer beteiligt sind. Bezeichnenderweise war es der französische Ministerpräsident Laval, der die Mitwirkung von Arbeitervertretern an den Kommissionsarbeiten gewünscht hat. Es soll dies auf eine Forderung der französischen Arbeiterschaft zurückgehen. Die deutschen Ge-

Heirats-Schwindler

Diebe * Hochstapler * Erpresser

I.

Mr. E. Robinson

Aus der Londoner Skandalchronik — Mr. Robinson, der raffinierte
Zuweltdieb — Der Haremsfall des indischen Maharadscha — Drei
Goldmilionen Schweigegeld — Der betrogene Betrüger

Von Willy Reese

Mr. Robinson wälzte in seinem erfinderischen Hirn schon lange einen ganz großen Coup herum, einen Geniestreich, um mit einem Schlage zu einem großen Vermögen zu gelangen, das es ihm vielleicht gestattete, fernerhin ein sorgloses, ruhiges Leben ohne Arbeit zu führen. Seine Tage tastete vorsichtig und prüfend nach dem geeigneten Objekt umher. Lange Zeit fand er das Opfer nicht. Es gehörte zu seinem Plan, daß er sich von seiner Frau pro forma trennte. So kam es denn, daß die beiden Gatten schon seit mehreren Monaten nicht mehr zusammen wohnten.

Eines Tages las Robinson in der „Times“, daß sich der indische Maharadscha von A. in der Themsestadt aufhalte.

Wie ein Blitz ging es dem Hochstapler durch den Kopf: Das ist das geeignete Objekt!

Und er machte sich sogleich mit Eifer an die Arbeit. Indessen er blieb im Hintergrunde und dirigierte seine wenigen Helfershelfer wie Marionetten. Er erwies sich als ein Künstler im Marionettenspiel.

Man denke sich: ein wirklicher indischer Nabob, ein Mann von unermäßigem Reichtum, lernt in einem berühmten Treffpunkt der Londoner Lebwelt, im Victory-Ballpalast, die schöne Frau Lory Robinson kennen. Sein exotisches Herz lodert sogleich in hellen Flammen auf. Vergessen ist der Harem, vergessen die Heimat, vergessen der indische Dschungel. Mr. A. hatte nur noch Sinn und Verstand für die lockende, girrende Sirene, die er für einen Engel hielt.

Mit der ganzen Blut seines Herzens warb er um sie.

Dann endlich fand er Erhörung. . . .

Während der Ehegatte, der ja schon seit langem getrennt von seiner Gattin lebte, sich taktvoll in angemessener Entfernung hielt.

Zuerst feterten die weiße Frau und der schokoladenbraune Prinz ihre Liebesfeste in der englischen Metropole. Dann machten sie einen kleinen Abstecher nach Paris, dem traditionellen Ausflugsorte aller besseren englischen Liebespaare, wo diese sich von der puritanischen Strenge ihrer eigenen Heimat erholen.

Die nun folgenden Wochen waren die herrlichsten, köstlichsten im Leben des Inders. Er lebte wie im Traume. Damit die Gunst bei der Frau nicht abschwäche, überhäufte er sie mit Geschenken, mit Schmuck und kostbaren Geschmeiden.

Frau Lory war eine königliche Geliebte in des Wortes ganzer Bedeutung, indessen: sie war auch die Hauptmarionette ihres wirklichen Gatten, der wie ein Tiger auf der Lauer lag, bereit, sich jeden Moment auf sein ahnungsloses Opfer zu stürzen.

Der neue Akt der Komödie wurde damit eingeleitet, daß am Strande der Seine das weiß-braune Liebespaar vom Verhängnis ereilt wurde. Das Verhängnis ereilte sie jedoch nicht etwa

Werkchaften haben schon des öfteren die Forderung erhoben, daß an allen größeren internationalen Abmachungen wirtschaftlicher Art Gewerkschaftsvertreter beteiligt sein sollen. In nicht mißzuverstehender Weise geschah dies auf dem Gewerkschaftskongreß in Frankfurt. Die Vertreter der Gewerkschaften werden bei den kommenden Verhandlungen eifrige Befürworter der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten sein. Sie werden sich aber auch mit dem nötigen Eifer dafür einsetzen, daß bei den verschiedensten Abmachungen die Interessen des arbeitenden Volkes • diesseits und jenseits der Vogesen die gebührende Berücksichtigung finden. Es dürfen Entscheidungen irgendwelcher Art nicht getroffen werden, die den Lebensstandard des arbeitenden Volkes noch mehr herunterdrücken. Im Gegenteil muß eine Wirtschaftsverständigung zwischen Deutschland und Frankreich im Endergebnis dahin führen, die Wirtschaftslage der breiten Masse der Bevölkerung zu verbessern. In diesen Rahmen gestellt, sehen wir der Tätigkeit der Wirtschaftskommission mit einiger Zuversicht entgegen. Vielleicht wird es dahin kommen, daß auch mit anderen Staaten ähnliche Abmachungen getroffen und gemeinsame Kommissionen eingesetzt werden. Damit wären große Hindernisse auf dem Wege zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse aus dem Wege geräumt.

Der Anfang einer direkten Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wurde gemacht. Es kommt nun darauf an, diesen zaghaften Anfang zu einem großartigen geschichtlichen Resultat auswachsen zu lassen. Ministerbesuche brauchen nicht alle 50 Jahre gemacht zu werden. Es liegen Gründe genug vor, des öfteren Auge in Auge zu verhandeln. Die Geheimdiplomatie muß der Vergangenheit angehören. Die deutschen Gewerkschaften begrüßen die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Kulturvölkern und werden ihre Mitarbeit zum Wohle der schwer leidenden Klassengenossen auszuüben bemüht sein.

Ausgaben für die Wochenhilfe

Der Schutz für Mutter und Kind kommt in der deutschen Sozialversicherung in der Nachkriegszeit viel mehr zur Geltung als vor dem Kriege. Die Ortskrankenkassen wendeten im Jahre 1930 je Mitglied für Wochenhilfe 4,64 M auf. Im Jahre 1929 betrug dieser Durchschnittssatz 4,17 M und 1924 2 M. Im Jahre 1914 wurden für Wochenhilfe nur 0,91 M je Mitglied von den Ortskrankenkassen ausgegeben. Es ist somit eine Verfünffachung dieser Summe zu verzeichnen. Nur wenige Posten unter der Ausgabe der Ortskrankenkassen weisen eine solche Steigerung auf. Darin zeigt sich, wie umfassend der Schutz für Mutter und Kind in den letzten Jahren durch die Sozialversicherung organisiert wurde. Derartige Fortschritte werden in der Regel nicht beachtet, und doch verdienen sie, berücksichtigt zu werden.

Gummilwaren Hygien. Artikel. Preis. T 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68. Allee Jacobstraße 8

In dem plötzlichen Auftreten des betrogenen Gatten — nein, so unklug war Mr. Robinson nicht!

Während Frau Lory und der schokoladenbraune Prinz nachts in den fürstlichen Appartements des Hotels in der Rue de Rivoli weilten, wurde plötzlich die Tür des Schlafzimmers aufgerissen, und herein stürzte — nicht etwa Mr. Robinson, sondern vielmehr sein guter Freund und treuer Helfer, Mr. Newton, — ein Mann, der in der Londoner Gesellschaft offenbar Ansehen genoß, da er im Gerichtssaale als der „größte ungehängt herumlaufende Schurke der Gegenwart“ bezeichnet wurde.

Der freche Eindringling gebärdete sich wie ein rasender Ehemann. Wild rollten seine dunklen Augen, seine Arme fuchtelten aufgeregt in der Luft herum, aber seine Faust umklammerte seinen Revolver oder Dolch. Auch schien es nicht, als ob er sich auf den kreidebleichen Mann aus Indien werfen wollte, der verlegen und betreten an den Enden seines kleinen blau-schwarzen Schurbärtchens knabberte, ansonsten aber sich vollkommen ruhig verhielt.

„Ah, jetzt endlich habe ich die Beweise, die ich brauche!“

Mit diesen schrillen Worten stürzte sich Mr. Newton, den Mr. N. für Mr. Robinson hielt, wieder in die Nacht hinaus.

Frau Lory schluchzte verzweifelt; jedoch es gelang ihm, sie gar bald wieder zu beruhigen. Tatsächlich war es so, daß er mehr des Trostes bedurfte als sie. Denn der überrumpelte, aus allen Himmeln, die voll zirpender, jauchzender Geigen gehangen, hinabgezerrte Maharadscha durfte unter keinen Umständen zugeben, daß seine Untertanen im fernen Indien von der Eheirung erfahren, was eine bedenkliche Erschütterung des monarchistischen Bedankens im Fürstentum zur Folge gehabt hätte.

Fördert den Versammlungsbesuch!

Es ist in manchen Orten immer dasselbe Lied: in der Verbandsversammlung wird festgestellt, daß immer nur dieselben Mitglieder kommen; das müsse anders werden; hoffentlich würden das nächste Mal mehr Mitglieder anwesend sein. Und das nächste Mal ist es denn meistens genau so. Und es wird genau so geklagt und genau so ein stärkerer Besuch für die dann folgende Versammlung erwartet. Und dabei bleibt es dann, wenn nicht jedes Verbandsmitglied, dem der Besuch der Verbandsversammlung eine Selbstverständlichkeit ist, auch persönlich eine Kollegin oder einen Kollegen mitbringt zur Versammlung.

Es ist in den Orten, in denen solche Klagen über das Versammlungsweesen vorgebracht werden, mit dem Ausbau des Versammlungsweesens so, wie es mit dem Ausbau der großen Organisation gewesen ist: die Kleinarbeit macht es. Wie manches Verbandsmitglied wurde von einem einzelnen Mitgliede gewonnen bis zu der augenblicklichen Größe des Verbandes! So muß es auch im Versammlungsleben werden. Jeder einzelne erfüllt seine Aufgabe gegenüber dem Versammlungsleben nicht, wenn er nur selber kommt. Er muß auch eine Kollegin oder einen Kollegen mitbringen in die Versammlung.

Es mag ja mancher seine Arbeitskollegen schon aufgefordert haben, zu kommen. Aber sie kamen dann doch nicht. Da muß man sie holen!

Ist es denn so schlimm, auf dem Wege zur Versammlung mal bei dem einen oder anderen hineinzuspringen, um ihn abzuholen? Das sollte nur einmal von allen Mitgliedern gemacht werden! Und unsere Versammlungen würden auch da einen ausgezeichneten Besuch aufweisen, wo man heute noch klagen muß.

Es möge nur niemand denken, das sei so schwer. Der Erfolg bleibe doch aus. Der andere würde doch nicht mitgehen. Es steckt in jedem Menschen auch ein konservativer Zug. Es ist auch im lebendigen Organismus etwas von dem Trägheitsgesetze, von dem die Physik redet. Da bedarf es oft nur eines geringen Anstoßes, und der Mensch kommt aus der Gewohnheit heraus — und er geht mit.

Gerade in der Zeit der furchtbarsten Arbeitslosigkeit ist der Versammlungsbesuch von größter Bedeutung für das Gewerkschaftsleben. Zur normalen Zeit sind die Kolleginnen und Kollegen täglich zusammen. Täglich gehen sie oder fahren sie oft denselben Weg. Täglich sprechen sie sich in den Arbeitspausen aus über dieses und jenes. Das fehlt jetzt bei so vielen. Da ist die Gewerkschaftsversammlung um so mehr die einigende Stätte der Aussprache und der kollegialen Verbundenheit.

Es ist darum notwendig, daß jeder alles tut, um gerade heute das gewerkschaftliche Versammlungsweesen auszubauen. Und die Gewerkschaftsabende werden Abende werden, die mit gewerkschaftlichem Erleben und gewerkschaftlicher Kollegialität und gewerkschaftlichem Glauben erfüllt sind. Und sie werden einem immer größeren Mitgliederkreise gerade heute ein Bedürfnis sein.

Nicht anderes also blieb ihm übrig, als die ramponierte Gattenehre des Mr. Robinson durch einen seinem Vermögen und seinem fürstlichen Stande angemessenen Riesenscheck wieder herzustellen.

Die Hauptpflege für den Rest dieser häßlichen Nacht, die so verheißungsvoll begonnen, war für den Fürsten die, ob es möglich sein würde, Mr. Robinson mit einem Scheck totzuschweigen. Frau Lory war unbedingt davon überzeugt, denn ihr Mann sei ungeheuer geldgierig. Die Hauptsache wäre nur die, daß man ihm genug Schweigegeld bieten würde. Im übrigen aber wolle sie sich jetzt sowie von ihrem Gatten scheiden lassen. Das interessierte den anderen jedoch weit weniger.

„Ich werde ihm 25 000 Pfund bieten!“

Frau Lory schwieg zu diesem Vorschlage gedankenversunken.

„Glaube du, daß das genügt?“

Frau Lory hob die weißen, wohlgeformten Schultern: „Ich weiß es nicht — versuche es!“

Am Morgen verließen sie das Hotel für immer.

Von der Auszahlung des Schecks an beginnt die Sache etwas vermorrer zu werden.

Frau Robinson erhielt das Schweigegeld, 25 000 Pfund, also rund eine halbe Million Goldmark, die sie rebellisch mit ihrem gehörnten Ehemanne teilte. In diskreter Weise war das Geld durch die Midland-Bank auf das Konto des Mr. Robinson eingezahlt worden.

Erst zwei Jahre später nahm Robinson Veranlassung, die Midland-Bank wegen Auszahlung von fehlenden 125 000 Pfund zu verklagen und zugleich die Ehescheidung gegen seine Frau zu beantragen. Der beleidigte Gatte wollte nämlich erfahren haben, daß der junge Maharadscha nicht 25 000 Pfund, sondern

Die Forderungen der Gewerkschaften

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf aller gegen alle und die Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen dieselben Unternehmerverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in stärkster Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben. Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Versagen weiter Wirtschaftskreise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen.

Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnot der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haltlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot in den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überspannten Protektionismus, Subventionspolitik, Ueberrationalisierung, Kapitalfehleitung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit anderthalb Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben. Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not. Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein.

Die krasse Interessentenpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemals wird die deutsche Arbeitnehmerschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflös preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer wie auch des Volksganzen die Abkehr von dem seither beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vordringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.
2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche — zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.
3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.
4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.
5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.

150 000 Pfund angewiesen hatte — also die schöne runde Summe von drei Millionen Goldmark. In der Tat eine recht anständige und fürstliche Bezahlung. Diese 125 000 Pfund sollten nach der Behauptung Robinsons von einer Bande von Betrügern auf Grund gefälschter Unterschriften erbeutet worden sein. Versteckt beschuldigte er dieser frechen Tat seinen Freund Newton, seine Frau, die die Geliebte des Freundes geworden sei, und Frau Bevan, eine Freundin Frau Robinsons, die im Verlaufe des Prozesses, der eine so ganz andere Wendung und Form annahm, als wie Robinson es vermutet hatte, übrigens noch in das richtige Licht gesetzt werden sollte.

Sir John Simon, der gefürchtete Londoner Kreuzverhörer, faßte die Sache ganz anders auf. Er behauptete, daß das würdige Ehepaar nebst ein paar Helfershelfern eine regelrechte Verschwörung in Szene gesetzt habe, um den indischen Nabob in eine Falle zu locken und seine Furcht vor einem öffentlichen Skandal zu einer Millionenerpressung zu benutzen.

Was da in dem schonungslosen, unerbittlich geführten Kreuzverhör von Sir John ans Tageslicht gezerrt wurde, gab dem Prozeß eine unerwartete Wendung. Es muß jeden Filmdichter vor Neid gelb werden lassen — so packend ist das Sittenbild, das da aufgerollt wurde.

Sir John hat einen umfangreichen Spionendienst in Bewegung gesetzt und leuchtete nun ohne Gnade und Barmherzigkeit in die allerintimsten Geheimnisse des bewegten Liebeslebens der schönen Frau Lory Robinson.

Alle Checks, die die viel geliebte Frau ihrem Manne überwiesen hatte, wurden ausgegraben, um zu beweisen, daß dieser von den galanten Abenteuern seiner Frau lebte — daß Mr. Robinson seine Frau als Mittel zum Zwecke benutzte, bedeutende Summen zu erpressen.

6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlleitungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.

7. Rücksichtslose Kürzung der überhöhten Spitzgehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwebenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsverschuldung und der Reparationen.

Berlin, den 1. Oktober 1931.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:

P. Graßmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:

Aufhäuser.

Deutscher Gewerkschaftsbund:

Otte, Hegewald, Eudenhach.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände:

Neustedt, Lemmer, Kössiger.

Händewaschen wird bestraft!

Ist das eine neue Notverordnung? oder ein schlechter Scherz? O nein, es ist ein, durch — schlechte — Gewohnheit anscheinend geheiligtes Recht: „Händewaschen wird bestraft!“

Einer solchen Strafe setzen wir uns aus, wenn wir gezwungen sind, im Theater, im Gasthaus oder auf der Straße ein verschwiegenes Dertchen aufzusuchen. Als Kinder des 20. Jahrhunderts wissen wir, daß man die Toilette nicht verlassen darf, ohne sich vorher die Hände zu waschen. Die Erfüllung dieser selbstverständlichen Forderung öffentlicher Gesundheitspflege, d. h. die Benutzung von Wasser, Seife und Handtuch, müssen wir indessen mit 20 \mathcal{L} oder noch mehr bezahlen. Und wenn dies auch trotz der Not der Zeit für den einzelnen schließlich noch tragbar wäre, so stelle man sich einmal vor, was z. B. eine kinderreiche Familie, die am Sonntag einen Ausflug macht, an „Toilettengeld“ bezahlen muß! Ist doch gerade bei Kindern, die beim Spielen oder auch sonst mit allen möglichen Unsauberkeiten in Berührung kommen, ein häufiges Händewaschen zur Vermeidung der Uebertragung von Krankheiten ganz besonders oft vonnöten.

Erleiden wir so für unser selbstverständliches Bedürfnis nach Reinigung der Hände eine Strafe an unserem Geldbeutel, so werden wir beim Händewaschen oft nicht minder schwer auch an unserer Gesundheit gestraft.

Auf Eisenbahnen und Schiffen, in Diensträumen, Gastwirtschaften und dergleichen mehr begegnen wir nämlich auch heute

Eine ganze Galerie von Vorgängern des unglücklichen Schokoladenfürsten marschierte auf, und die im Gerichtssaale Anwesenden bekamen ausführliche Einzelheiten über die mannigfachen Hotel- und Schlafzimmergeheimnisse vorgelesen.

Es wurde offenbar, daß der jugendliche Potentat aus dem fernen Südoften seine Geliebte für eine Dame der hohen Gesellschaft gehalten hatte. Darum war Mr. Newton dazu ausersehen, den Fürsten zu überrumpeln, denn der Ehegatte selbst, Mr. Robinson, der wie ein Schlachtermeister ausieht, konnte dabei nicht gut und überzeugend als Mann einer Dame aus der Gesellschaft auftreten.

Weiter kam heraus, daß der indische Fürst tatsächlich nicht nur 25 000 Pfund, sondern 150 000 Pfund „ausgespuckt“ hatte!

Es ist wohl begreiflich, wenn Frau Lory behauptete, sie habe sich nie bei ihrem Manne wohlgeföhlt. Schon lange wäre es ihr sehnlichster Wunsch, von ihm für immer loszukommen. Ihr Herz gehöre Mr. Newton! Ihr Gatte müsse das auch schon längst bemerkt haben. Mr. Robinson leugnete das nicht ganz ab.

Unter den erdrückenden Beweisen Sir Johns legte Frau Lory endlich ein umfassendes Geständnis ab. Sie beichtete alles! Sie kennzeichnete ihren Gatten als den größten Betrüger und Hochstapler des laufenden Jahrhunderts, und das Gericht schenkte ihrer Behauptung ohne weiteres Glauben.

Wiewohl Mr. Robinson hörbar mit den Zähnen knirschte und seine klumpigen Fäuste in den Hosentaschen ballte, ließ seine Frau sich nicht beirren. Denn sie hatte längst eingesehen, daß es keinen Zweck haben würde. Sie deckte das Komplott restlos auf:

Mr. Newton habe mit Leichtigkeit 150 000 Pfund aus dem Sack herausgepreßt. Natürlich habe der Fürst bei den zwei

noch nicht selten dem „unendlichen“ Handtuch, dem „Handtuch auf der Rolle“. Meist ist es aus grauem Stoff gefertigt, dem man keine Beschmutzung äußerlich schwer ansehen kann. In diesem Rollhandtuch trocknen sich dann eine große Anzahl von Menschen ihre Hände ab. Natürlich gelangen dabei Schmutz und unter Umständen allerlei Krankheitsstoffe in das Handtuch hinein, so daß jeder folgende Benutzer Gefahr läuft, sich trotz vermeintlicher Sauerkeit Schmutz und Krankheit auf diese Weise erst direkt zuzuführen.

Wohl gibt es in den D-Zügen (aber nur in diesen!) und in manchen besseren Lokalen auf den Toiletten oder Waschräumen kleine Handtücher; allein diese genügen billigen Anforderungen der Hygiene meist deshalb nicht, weil sie oft nur oberflächlich benutzt und deshalb nicht selten auch nur oberflächlich gereinigt werden. Vom Standpunkt der Hygiene muß daher für die öffentlichen Verkehrsmittel, für Theater, Gastwirtschaften und überall da, wo viele Menschen zusammenkommen, für das Trocknen der Hände bestimmte Handtuch die Forderung erhoben werden: Jedem das Seine.

Im Zeitalter der Technik kann dieser Wunsch durchaus nicht an der Kostenfrage scheitern. So hat man versucht, Papierhandtücher zu verwenden; allein diese zerreißen oder zerfließen leicht in der Hand und sind deshalb kaum brauchbar. Die Aufstellung elektrischer Ventilatoren, die ohne Verwendung eines Handtuchs die nassen Hände nach Art des „Fön“ in einem warmen Luftstrom trocknen, ist zwar sehr hygienisch, scheidet aber meist an der Höhe der Anschaffungskosten und an der nicht überall vorhandenen Aufstellungsmöglichkeit. In neuester Zeit ist von einer bekannten Dresdener Firma ein leicht überall anzubringender Automat in den Handel gebracht worden, dessen Anschaffungskosten gering sind, und der gegen Einwurf eines Zehnpennigstückes jedem Benutzer ein Stückchen Seife, ein eigenes Stoffhandtuch und ein Stück sauberes Toilettenpapier in hygienisch einwandfreier Verpackung liefert.

Damit scheint das ganze Problem endlich einer, vom gesundheitlichen und wirtschaftlichen Standpunkte aus glücklichen Lösung zugeführt zu sein, so daß hoffentlich bald nicht mehr zu Recht bestehen dürfte der Satz: „Händewaschen wird bestraft!“

Der Großkampf in Norwegen beendet

Der Großkampf in Norwegen, der am 15. März mit der Aussperrung von 12 000 Papierarbeitern seinen Anfang nahm, und von dem später durch weitere Aussperrungen insgesamt 85 000 Arbeiter, darunter, wie bekannt, auch die Tabakarbeiter, betroffen waren, ist nunmehr beendet, und zwar auf Grundlage des bereits im August von den Arbeitern abgelehnten Schlichtungsvorschlages des staatlichen Schlichters. Nach der Ablehnung des Schlichtungsvorschlages fanden wiederum Verhandlungen

malignen mündlichen Verhandlungen Mr. Newton immer für Mr. Robinson gehalten. Aber nur 25 000 Pfund habe man Robinson eingestanden; den Rest hätten sie behalten wollen; 10 000 Pfund habe Mrs. Bevan, die Witwiflerin erhalten. Mit gefälschten Dokumenten und Unterschriften wäre es leicht gewesen, Robinson hinteres Licht zu führen.

So ergab sich die unzweifelhafte Tatsache, daß die Midland-Bank ein Millionenvermögen nicht an den Besitzer, sondern an ein kleines Konfortium von Betrügern ausbezahlt hatte. Die Klärung darüber, ob die Bank dafür hafte, blieb einer einstweiligen Privatklage vorbehalten; indessen standen die Chancen für Mr. Robinson in dieser Hinsicht durchaus nicht günstig, da schwerkaltrige Verteidigungsgeschäfte drohend im Hintergrunde standen.

Sir John meinte verächtlich zu Robinson, indem er über den Rand seiner Hornbrille schaute: „Also ein betrogener Betrüger!“

Worauf Mr. Robinson sich wie ein Rasender auführte, die Arme hoch in die Luft warf, wild die Augen rollte und seine Frau, deren neuen Liebhaber und ihre Freundin in nicht wiederzugebenden Worten beschimpfte.

Es war ein ekelregender Prozeß gewesen.

Leider war das Verdikt, das der Gerichtspräsident alsbald verlas, ein verhältnismäßig viel zu gelindes.

Mr. Robinson hat von seinen 125 000 Pfund nie etwas gesehen, und Mr. Newton, Frau Vory und Frau Bevan hatten ihren Raub in Sicherheit gebracht.

Gegen sie wurde alsbald noch Strafprozeß wegen Betrugs, Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung anhängig gemacht.

Daneben schwebte der Ehescheidungsprozeß

statt — teils zwischen den beiden Spitzenorganisationen und teils zwischen den Organisationsleitungen in den einzelnen Berufen —, wobei man sich über die Verdeutlichung einiger unklarer Bestimmungen einigte. Danach fand eine Urabstimmung statt, die eine Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für die Annahme des Schlichtungsantrages ergab. Im letzten Augenblick schien es allerdings, als sollte sich die so mühsam erzielte Verständigung wieder zerbrechen, weil der außerhalb der Landeszentrale stehende Maurerverband den Schiedspruch ablehnte, die Arbeitgeber jedoch ihre Zustimmung und der Verständigung auf der ganzen Linie abhängig machten. Aber auch diese Schwierigkeit wurde schließlich beseitigt, so daß die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden ist.

Das Ergebnis des Kampfes kann wohl als ein Erfolg der Arbeiter gewertet werden, da die durchgeführte Lohnherabsetzung durchschnittlich nur 6 Prozent beträgt, während die Arbeitgeber eine Kürzung von 15—25 Prozent gefordert hatten und die Indexziffer der Lebenshaltungskosten seit der letzten Lohnregulierung um 12 Prozent gesunken ist. Allerdings hätten die Gewerkschaften den Kampf mit dem gleichen Ergebnis weit früher beendigen können.

Die jetzt beendete Aussperrung ist der größte und langwierigste Arbeitskampf in der Geschichte Norwegens und wurde mit beispielloser Ausdauer und glänzender Solidarität durchgeführt. Allein an Unterstützungen haben die norwegischen Gewerkschaften während des Kampfes annähernd 20 Millionen Kronen ausgezahlt. Die Ausbringung dieser gewaltigen Summe war natürlich nur durch die unvergleichliche Solidarität ausländischer Gewerkschaften möglich, die zum größten Teil diesen langandauernden Kampf finanzierten.

Organisation der Frauen

In einer vom Französischen Gewerkschaftskongreß angenommenen Resolution über die Organisation der Frauen wird zunächst darauf hingewiesen, daß die gewerkschaftliche Erfassung der Frauen ungenügend sei, insbesondere, wenn man berücksichtigt, daß die Frau im Wirtschaftsleben einen immer wichtigeren Platz einnimmt. Die Propagandaarbeit unter den Frauen soll deshalb mit allen Mitteln gefördert werden. Propagandaplakate und Broschüren sollen sich jedoch immer an die Lohnarbeiter beider Geschlechter wenden, um so die Gleichheit der Interessen und Ziele zu unterstreichen. Auf dem Gebiete der Heimarbeit von Frauen wird die Bezahlung „angemessener Löhne und die Unterdrückung der bei dieser Beschäftigungsart vorkommenden Mißbräuche verlangt. Der Kongreß nahm ferner Stellung gegen die Open-Door-Bewegung, die sich mit ihrer Ablehnung jeglichen Sonderstatus für die Frauen dem Einfluß der freigewerkschaftlichen Organisationsarbeit entgegensetzen will.

Recht interessant in diesem Filmdrama aus dem Leben eines Hochstaplers ganz eigener Art waren übrigens auch die wenigen Nebenfiguren.

Zunächst war da die Freundin der Frau Robinson, die wackere Frau Bevan. Sie hatte mit dem farbigen Sekretär des Fürsten in zahllosen tête-à-tête geschwelgt, während die treue Genossin mit dem Maharadscha selbst hundert Liebeschwüre getauscht.

Für ihre treuen Dienste erhielt sie ja bekanntlich ein schönes Sümmchen von der märchenhaften Beute ab.

Noch interessanter war der Leibadjutant Seiner Fürstlichen Hoheit aus Indien, der ihm für die Dauer seines Aufenthalts in England von der britischen Regierung zur Verfügung gestellt worden war. Er zeigte sich auch in den Liebesaffären Seiner Hoheit als treuer Adjutant. Nach der Versicherung der Verteidigung beteiligte sich dieser junge, hoffnungsfreudige Mann recht gründlich an der Verschwörung, wofür er auch einen kleinen Anteil an den erbeuteten drei Millionen erhielt.

Es braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden, daß der junge Mann auf der Stelle aus dem Offizierskorps der britischen Armee herausflog und in Strafe verfiel. Das Gericht hält seinen Namen ebenso geheim wie den des braunen Fürsten, der in der Gerichtsverhandlung nur als „Mr. A.“ erwähnt werden durfte. Nur soviel hat man erfahren, daß Mr. A.'s Name aus drei Teilen besteht. Diese Diskretion wird damit begründet, daß die Enttüllung des Namens in der Heimat des Potentaten folgenschwere politische Wirkungen auslösen könnte, die durchaus nicht in den Wünschen der englischen Regierung liegen. Aus dem gleichen Grunde darf auch der Name des Adjutanten nicht genannt werden, denn sonst wäre ja leicht festzustellen, wem er so treu und — selbstlos gebient... (Fortsetzung folgt)